

RUDOLF GERHARDT

„Kreative Sprachführung“ oder: Von der Macht, die Begriffe zu besetzen

Journalisten als Täter und Opfer semantischer Verschleierungen

Abstract

Gerade die Sprache der Journalisten hat eine kritische Reflexion bitter nötig. Denn – hierin den Juristen ähnlich – haben auch Journalisten eine Definitionsmacht über die soziale Wirklichkeit. Vor allem transportieren sie die Sprache der Politiker, die nicht selten „riskante“ Begriffe durch Schönfärberei semantisch verschleiert. Oder sie schaffen eine eigene sprachliche Realität, die dann die Perspektive des „kritischen“ Beobachters spiegelt.

Anhand zahlreicher Beispiele, die vorwiegend den Tageszeitungen entnommen sind, untersucht der Verfasser Sprach-Modismen und Sprach-Verschiebungen aller Art, die zugleich Sinn-Verschiebungen sind. Und er ruft die Linguisten auf, die selten gewordene Selbstkritik der Journalisten bei diesen Entschleierungen zu unterstützen. „Denn wir sitzen gemeinsam in dem Sprach-Boot, das alles mögliche darf – nur nicht untergehen.“

Um die Ebene der Verständigung zu klären möchte ich vorausschicken, daß ich in diesem Kreis eine Fremdsprache sprechen werde: Journalistisch und nicht linguistisch. Ich werde also sprechen wie ein Journalist, und ich werde darüber sprechen, wie wir Journalisten schreiben. Und deshalb habe ich das ursprüngliche Thema „Nabelschau der journalistischen Sprache“ ein wenig umgetauft: „Kreative Sprachführung, oder: Von der Macht, die Begriffe zu besetzen.“

Wenn ich es richtig sehe, sind in den Printmedien Reflexionen über die Sprache der Journalisten heute seltener zu finden als früher. Ich erinnere mich noch daran, wie ich 1965 bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als Wirtschaftsredakteur begonnen habe. Da gab es einen CvD namens Ruelius, der regelmäßig seine Sprachglossen schrieb und der auch jeden Abend beim Umbruch mit einer Leselupe in der Hand die Druckfahnen überflog, ob ihm noch etwas in die Augen sprang, was es zu verhindern galt.

Und es gab natürlich Karl Korn mit seinen Sprachglossen, und es gab Benno Reifenberg und den Herausgeber Nikolaus Benckiser, der mir beim Vorstellungsgespräch eindringlich sagte: „Nur damit Sie es wissen, ‘ich’

schreibt bei uns nur Friedrich Sieburg. "Der Grund: Ich hatte zuvor einige Glossen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) geschrieben, wo das Wort „ich“ aufgetaucht war. Inzwischen ist Friedrich Sieburg längst gestorben, und diese Form der „Ich-Perspektive“ findet man heute nicht selten in der „FAZ“ – für meinen Geschmack sogar zu oft.

Noch heute gibt es aber (nicht nur) in der FAZ eine Art von Kleiderordnung der Worte, eine Liste der „ugly words“, der verbotenen Wörter. Es gibt auch dann und wann noch Sprachglossen etwa von Michael Fritzen (it) oder Axel Wermelskirchen (we), und es gibt auch bei einigen anderen Zeitschriften und Nachrichtenagenturen so etwas wie „Listen schwarzer Wörter.“

Es gibt – natürlich – den Wolf Schneider, einen wahren Zuchtmeister der Sprache mit seinen populären sprachkritischen Büchern und seinen Sprachglossen in der „ZEIT“.

Und es gibt den „Hohlspiegel“, diese regelmäßige Rubrik auf der letzten Seite des „Spiegel“, die Stilblüten aufspießt und in der vielleicht so mancher Journalist mit Herzklopfen nachsieht, ob er dort vielleicht mit einem sprachlichen Betriebsunfall vorkommt.

Aber insgesamt sind die Wächter der journalistischen Sprache, wie mir scheint, seltener geworden. Wie lange ist es doch her, als sich Hans Magnus Enzensberger den „Spiegel“ unter die Lupe nahm – vor allem auch seine Sprache.

Dabei hat natürlich gerade die Journalistensprache eine kritische Reflexion bitter nötig. Sie entsteht meist unter enormem Zeitdruck, sie muß die kompliziertesten Lebenssachverhalte mit den klaren Linien eines Holzschnitts einfangen und sie muß die Urteile nachvollziehbar begründen, die am Ende eines klaren Meinungskommentares stehen – sollten.

Sie muß aber auch den Sprechblasen der Politiker, den Schönfärbungen der Presseverlautbarungen, den verbalen Umgarnungen der Interessentengruppen Paroli bieten. Sie muß semantische Sprachgirlanden enttarnen und, mit Goethe zu sprechen, dafür sorgen, daß die Leser nicht an alle Worte, nicht an jedes Jota glauben, das von außen in die Medien hineingereicht wird.

Ich möchte mich heute weniger mit sprachlichen Schablonen, Modismen und sprachlichen Nachlässigkeiten befassen, aber ich möchte wenigstens beispielhaft einige nennen, um die ein Journalist, wenn möglich, einen großen Bogen macht:

Schablonen: Die Badenixe, der Floriansjünger, der Tastenlöwe, das Geburtstagskind, der König Kunde, der Vater Staat (der dann meist entweder die Spendierhosen anhat oder dem Bürger gerade das Geld aus der Tasche zieht). Die bessere Hälfte (wie mag eigentlich die schlechtere aussehen? Ganz sicher wie ein Göttergatte!)

Und so habe ich denn auch mit innerer Zustimmung kürzlich gelesen, daß die Zeitschrift „Stil und Etikette“ diesen Gatten als nicht mehr zeitgemäß abgeschafft hat.

Nun zu den Modismen: für irgendein Projekt grünes Licht geben, etwas über die parlamentarischen Hürden bringen, etwas in trockene Tücher bringen, etwas absegnen (besonders „segensreich“ in diesem Sinne ist offenbar das BVerfG, dessen Richter auch anschaulich die „Roten Roben“ genannt werden).

Oder das „Hochkarätige“ in seinen vielen Ausprägungen: Hochkarätige Gesprächsteilnehmer, hochkarätige Kulturveranstaltungen, Kunden, Ehrungen, Existenzen, Familien: Hatten Sie schon gewußt, daß der Geiger Gidon Kremer in eine „hochkarätige Musikerfamilie hineingeboren wurde“? Und natürlich bin ich mir bewußt, daß ich hier vor durchaus hochkarätigen Zuhörern stehe.

Solche Sprache ist entweder spießig, oder schlampig, sie ist eilig, oder komisch, und sie ist sicher nicht belebend für den Gedanken. Aber sie ist für die Gedanken nicht gefährlich im strengen Sinne. Gefährlich, weil verharmlosend oder dramatisierend, jedenfalls aber entstellend oder verfälschend können Sprachmanipulationen werden, semantische Verzuckerungen, Sprachkosmetik oder Sprachmogeleyen, sprachlicher Etikettenschwindel oder wie immer man sie nennen mag. Mit ihnen vor allem möchte ich mich jetzt beschäftigen.

Sprache schafft Realitäten

Ein Journalist erinnerte sich, wie er einmal an einem Artikel über Neuerungen im damals geltenden Mietrecht schrieb. In seinem Beitrag stand dann zu lesen, daß ein „Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts“ dieses und jenes mit sich gebracht habe. Am nächsten Tag fragte ihn sein Chefredakteur, weshalb er um Himmels Willen ein solches Gesetz „Verbesserungsgesetz“ genannt habe. Dies sei nun wohl doch eine ziemliche Schönfärbung. Der Verfasser konnte nachweisen, daß das Gesetz genau so hieß und war damit aus dem Schneider. Den Verdacht, er habe bewußt sprachlich an dem Gesetz manipuliert, wurde der Schreiber aber lange nicht mehr los.

Und damit bin ich bei einer wichtigen Macht der Journalisten, der Definitionsmacht. So wie wir ganz allgemein durch unsere Nachrichten und Berichte „Realität“ schaffen, schaffen wir auch sprachliche „Realitäten“. Mit Worten läßt sich bekanntlich ein System bereiten, und wenn sich ein Wort zur rechten Zeit einstellt, wird es für den Leser schnell zum Begriff.

Lassen Sie mich diese Definitionsmacht der Sprache an einem eindrucksvollen Dialog erläutern, den Alice im Wunderland mit Goggelmoggel führt, jenem quakigen Fabelwesen aus dem Buch „Hinter den Spiegeln“:

„Ich verstehe nicht, was Sie mit ‘Glocke’ meinen,“ sagte Alice. Goggelmoggel lächelte verächtlich.

„Wie solltest Du auch – ich muß es Dir doch zuerst sagen. Ich meine ‘wenn das kein einmalig schlagender Beweis ist’!“

„Aber ‘Glocke’ heißt doch gar nicht ein, ‘einmalig schlagender Beweis’“, wandte Alice ein.

„Wenn ich ein Wort gebrauche“, sagte Goggelmoggel in recht hochmütigem Ton, „dann heißt es genau, was ich für richtig halte – nicht mehr und nicht weniger.“

„Es fragt sich nur“, sagte Alice, „ob man Wörter einfach etwas anderes heißen lassen kann.“

„Es fragt sich nur“, sagte Goggelmoggel, „wer der Stärkere ist, weiter nichts.“

Soweit also Lewis Caroll. Wer ist also der Stärkere, wenn es um die Begriffe geht?

Ein kleiner Exkurs: Die bedrückendste Definitionsmacht haben – für mich als einem praktizierenden Hypochonder – die Ärzte: In der Diagnose treffen ja Begriff und Realität zusammen, vorausgesetzt natürlich, daß die Diagnose stimmt.

Zweitens die Juristen: Es ist allgemein bekannt, daß die Gesetze viele Freiräume lassen, die die Richter ausfüllen müssen – durch Begriffsbestimmung. Dafür gibt es natürlich Auslegungskriterien, Handwerkszeug, aber es bleibt oft ein irrationaler Rest: Auch hier ist die Vernunft bisweilen die Magd des Willens und nicht umgekehrt. Und der Ausgang eines Rechtsstreits, von dem wer weiß ‘was abhängt, hängt also auch davon ab, welchen Gebrauch die Juristen von ihrer Definitionsmacht machen.

Ein eher humoriges Beispiel: Vor kurzem besuchte mich ein Freund und brachte mir eine kostspielige CD-ROM mit. Ich fragte, ob das so etwas sei wie ein „Raubdruck“. Er versuchte mich zu beruhigen: Ich brauche wirklich keine Angst zu haben, er habe die Sache zwar kopiert, auf keinen Fall aber geraubt. Ich fürchte, daß die Definitionsmacht hier von einem Gericht vielleicht doch anders ausgeübt werden könnte.

Dem Gesetzgeber des BGB, auch dies eher *colorandi causa*, ist sogar das Kunststück gelungen, einen Grenzstein „verrückt“ werden zu lassen. Im Paragraphen ist vom „verrückt gewordenen Grenzstein“ die Rede, und Generationen von Juristen haben sich über diesen Verstoß gegen die Grammatik schief gelacht. („... verrückt worden“, sollte es natürlich heißen!).

Jetzt durchaus ernst: In Bosnien wurde zwischen „friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen der Blauhelme“ unterschieden. Welche Definitionsmacht mit welchen Folgen verbirgt sich hinter diesen so abstrakt daherkommenden Begriffen!

Oder ganz aktuell: Amerika wollte im Sicherheitsrat der UNO bekanntlich eine Resolution durchsetzen, die dem Irak „ernsteste Konsequenzen“ androhte für den Fall, daß er sich an seine Zusagen (Inspektion der Paläste) nicht halten würde. Dieser Begriff spaltete den Sicherheitsrat in zwei Lager. Daraufhin wurde ein neuer Entwurf diskutiert, in dem nicht mehr von „ernstesten“ oder „schwersten Konsequenzen“ die Rede war, sondern – nur! – noch von „sehr schweren Konsequenzen“. Dabei wußte natürlich

jeder, um was es ging – um militärische Schläge, einerlei wie sie auch getauft würden.

Die Dinge hinter den Engrammen

Drittens: Die Journalisten. Der Unterschied zu den Juristen scheint mir vor allem darin zu liegen, daß unsere Definitionen nicht rechtskräftig werden. Aber wir setzen mit der Sprache so etwas wie Engramme, und wenn wir Begriffe nur oft genug wiederholen, können sie wie die Wahrheit daherkommen – oder sagen wir einmal, wie die Wirklichkeit.

Das braucht durchaus nicht immer aus bösem Willen zu geschehen, oder aus der Absicht, die eigene Weltsicht in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Bisweilen gehen wir auch arglos mit den Begriffen um, oder fahrlässig oder gleichgültig. Aber wir müssen uns klarmachen, daß wir mit der Sprache Engramme setzen und – vielleicht – ein bißchen die Rolle des Goggelmogel spielen.

Ich möchte das an einigen jüngeren Beispielen erläutern, die ich den Zeitungen entnehme, vor allem den überregionalen Zeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Welt, Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Rundschau (FR) und Tageszeitung (taz), aber auch einigen grundsoliden Regionalzeitungen.

Der Papstbrief und der Beratungsschein: Ich glaube, man kann ruhig einmal davon ausgehen, daß die Bischöfe selbst derzeit ein bißchen ratlos sind, wie die Reise hier weitergehen soll. Wie aber haben die Zeitungen in den Überschriften ihre Reaktion umschrieben:

Häufig kommt das Wort „beugen“ vor: „Die deutschen Bischöfe beugen sich dem Papst“, heißt es etwa in der SZ. In der WELT ist noch devoter von der „Bitte“ die Rede: „Die deutschen Bischöfe beugen sich der Bitte des Papstes.“ Im Leser entsteht das Bild einer demutsvollen Haltung des Episkopats.

In der FR und der taz hingegen ist der Papst der Akteur: „Papst geißelt die Beratungsscheine“, heißt es in der FR und noch lauter in der taz: „Papst verdonnert Bischöfe zum Ausstieg.“

Wohlgemerkt, das sind keine Kommentare, sondern Überschriften über Berichten, aber sie enthalten natürlich schon eine klare Wertung.

Weniger klar, aber in der Tendenz dennoch eindeutig „pro Papst“ heißt es im vierspaltigen Aufmacher der FAZ: „Die deutschen Bischöfe vor einer schwierigen Aufgabe“, was ja wohl auch – irgendwie – unbestreitbar ist.

Aber auch bei den Bischöfen leuchtete einmal ein semantischer Drahtseilakt auf: Statt eines „Beratungsscheines“, so war zu lesen, könnte es künftig vielleicht einen „Beratungsbrief“ geben, der dann aber – irgendwie – wohl wieder in einen Beratungsschein umzutauschen wäre (!).

Ein anderes Beispiel: Das Hineinhören in Wohnungen, wie ich es ein-

mal möglichst neutral nennen möchte. Wie wir alle wissen ist das Gesetz buchstäblich in letzter Minute noch von seinem schärfsten Sprengstoff entschärft worden: Wichtige Berufsgruppen wurden vom Abhören ausgeklammert. Dennoch eignet es sich fast als Lehrbuchbeispiel für einen Krieg in der Rechtspolitik – auch mit der Sprache.

Ich habe vor geraumer Zeit einmal ein Interview mit einem Landesjustizminister geführt. Und mitten im Gespräch wurde uns beiden klar, daß wir schon damals ganz selbstverständlich das Wort vom „Lauschangriff“ in den Mund nahmen. Es hatte sich ganz einfach eingestellt.

Im amtlichen Deutsch heißt das: „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes“ und „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.“

Nebenbei bemerkt: Da ist es wieder, das Wort von der „Verbesserung“, und der FDP „Altliberale“ Burkhard Hirsch hat auch in der Abstimmungsdebatte verbittert geklagt, wie man so ein Gesetz nur „Verbesserungsgesetz“ nennen könne!

Es waren natürlich nicht die Befürworter des Gesetzes: Aber wer konkret den Kampfbegriff vom „Großen Lauschangriff“ prägte, habe ich nicht herausfinden können. Er war plötzlich da und es erging ihm, wie dem Wort, von dem es im Nathan heißt: „Nun ist es raus und kann nicht mehr zurück.“

Natürlich haben sich auch andere Politiker gegen das Wort zur Wehr gesetzt, auch auf Seiten der SPD. So sagte etwa Günther Verheugen: „Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, daß der Begriff ‘Großer Lauschangriff’ in einem demokratischen Rechtsstaat auf die Liste der absolut unerwünschten Worte gehört. Ein Rechtsstaat greift nicht an.“ Und Rudolf Scharping fragte, wer da eigentlich an-greife und ob der Staat nicht allenfalls „ein-greife“.

Auch Innenminister Kanther und die politischen Kräfte um ihn herum haben sich natürlich bemüht, den Lauschangriff umzutaufen – es ist ihnen nicht gelungen. In den endlosen Debatten über dieses Gesetz sprachen die meisten Zeitungen, die ich durchgekämmt habe, mindestens vom Lauschangriff oder sogar vom Großen Lauschangriff.

Die „Welt“ allerdings sprach in der Überschrift und im Kommentar von „Abhöraktionen“, und half sich dann, ebenso wie die FAZ mit einem alten Trick, den wir aus der „DDR-Zeit“ noch kennen: Sie setzte das Wort Lauschangriff in Anführungszeichen.

Auch in den Berichten, die ich in der FAZ las, bemühen sich die Kollegen immer tapfer, statt Lauschangriff von „akustischer Überwachung“ oder vom „Abhören“ zu sprechen. Nur in der Leitglosse am selben Tag ist schlicht und einfach vom Lauschangriff zu lesen, ohne An- und Abführung, obwohl der FAZ ganz gewiß die innere Sicherheit am Herzen liegt. In einer späteren Glosse der FAZ wird erst vom „Abhören von Wohnun-

gen“ gesprochen und dann in Klammern hinzugefügt: „Großer Lauschangriff“, ganz so, als ob das die Legaldefinition des Abhörgesetzes wäre.

Die SZ, die sich in Kommentaren vehement gegen das neue Gesetz ausgesprochen hatte, titelte in der Überschrift recht neutral: „Wohnungen dürfen künftig abgehört werden“, aber in der Bildunterschrift hatte sich dann doch wieder der „Große Lauschangriff“ eingestellt.

Besonders unappetitlich wird dieser „Lauschangriff“, wenn er mit Wanzen in Verbindung gebracht wird. „Bayerns Innenminister Günther Beckstein will notfalls Journalisten verwanzen“, lautete eine Überschrift in der SZ, die so etwas wie Juckreiz auslöste. Von der „verwanzten Republik“ sprach die Abgeordnete der „Bündnisgrünen“ in der Schlußabstimmung über das Gesetz. Und in der ZEIT erzählte die große alte Dame des Journalismus, Gräfin Dönhoff, wie sie dem damaligen Regimegegner Robert Havemann ein Instrument mitgebracht hatte, „mit dem er seine Wohnung nach Wanzen abtasten konnte“.

Mit einem Anflug von dunklem Humor – schwarzer Humor scheint mir in der Schweiz eher selten zu sein – schrieb die NZZ in einer Schlagzeile: „Deutschlands Beichtstühle bleiben wanzenfrei“.

Mir ging es ja hier in erster Linie um den semantischen Streit. Zum Glück ist das Gesetz, das jetzt zustande kam, wie schon gesagt, wenigstens entschärft worden – der Kreis der Personen wurde erweitert, die nicht „verwanzt“ werden dürfen. Ein Gesetz zur „Verbesserung des Grundgesetzes“ ist aber mit Sicherheit dabei nicht herausgekommen. Aber es hätte ja auch niemand gewagt, es auf diesen Namen zu taufen.

„Mord“ mit der Sprache

Ein anderes Beispiel: Der Streit um das „Abtreibungsrecht“, eine unendliche Geschichte. Bereits das Wort „Abtreibungsrecht“, das ich gewählt habe, ist unklar, ist verräterisch, ist parteiisch. Gibt es ein Recht auf Abtreibung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind? Gibt es also einen Anspruch auf den Eingriff? Oder ist die Abtreibung eine rechtswidrige Handlung, die nur nicht bestraft werden kann?

Darüber wurde lange gestritten – im öffentlichen Diskurs, aber auch vor den Gerichten. Über diesen Streit will ich jetzt wirklich nicht sprechen. Mir geht es um die Begriffe und Definitionen, mit denen in den Medien Emotionen geweckt werden sollen.

„Im Streit um Abtreibungen zählt auch die Sprache“, hatte es in der WELT einmal geheißen. Gemeint war eine Studie des Landauer Sexualwissenschaftlers Norbert Kluge, der den Sprachgebrauch vor allem der Politiker untersucht hatte, der sich dann oft auch in den Medien niederschlägt. („Wann beginnt menschliches Leben?“, Akademia Verlag, St. Augustin, 1992).

Folgende Begriffe stehen zur Auswahl: Kind, ungeborenes Kind, ungeborenes Leben, Embryo, Foetus, Frucht, Leibesfrucht, oder – nicht ganz ernsthaft gemeint – himbeerähnliches Gebilde (Wolfgang Zeidler).

Kluge sieht die Dinge so, daß offizielle CDU-Texte überwiegend die Perspektive des Kindes in den Vordergrund rücken: die Rede ist vom „ungeborenen Kind“ oder vom „Kind“, und – so wäre zu ergänzen – vom „werdenden Leben“. Die Grünen bevorzugten distanzierende, biologische Ausdrücke wie Embryo oder Foetus, um menschliche oder kindliche Charakteristika zu vermeiden

Aber es gibt auch einen anderen Sprach-Kampf, den um das Wort „Mord“. Abtreibung ist Mord – das sagt ja nicht nur der Fuldaer Bischof Dyba, das ist die Sprach-Ordnung jedenfalls der katholischen Kirche. Wer „Mörder“ ist, sagt bekanntlich das Strafgesetzbuch in seinem Paragraphen 211. Die Abtreibung kann darunter niemals subsumiert werden, es gibt ja aus gutem Grund für sie einen eigenen Paragraphen. Aber das Wort „Mord“ ist hier – wie übrigens auch beim bekannten Streit um das Handwerk der Soldaten – ein emotional aufgeladener Kampfbegriff.

Ich saß vor einiger Zeit in der Nähe eines Klosters auf einer Bank, als eine ältere Nonne kam und sich zu mir setzte. Wir sprachen buchstäblich über Gott und die Welt, und dabei fragte ich sie auch zu ihrer Meinung zur Abtreibung. „Aber, das ist doch glatter Mord“, sagte sie. Ich wollte wissen, warum sie vom „Mord“ spreche. „Aber das steht doch dauernd in unseren Kirchenzeitungen,“ gab sie zur Antwort.

(Exkurs: Ganz und gar unsinnig ist es natürlich, vom „Selbst-Mord“ zu sprechen. Das wäre allenfalls dann angebracht, wenn sich jemand aus Habgier oder in purer Heimtücke das Lebens nehmen würde. Eine recht eigenartige Vorstellung!).

„Menschliche Schutzschilder, ethnische Säuberungen“: Aus Bosnien waren vor geraumer Zeit einmal Bilder zu sehen, auf denen Militärbeobachter der UN vor bestimmten Gebäuden angekettet waren – als „menschliche Schutzschilder“, wie darunter stand. Aus Bagdad gab es vor kurzem Bilder, auf denen irakische Familien gegen die USA protestierten – als „menschliche Schutzschilder“, wie es in der Bildunterschrift wiederum hieß.

In einem Kommentar war von irakischen Frauen und Kindern die Rede, die dort „sensible strategische Punkte“ besetzen sollten – als „menschliche Schutzschilder gegen Bomben und Raketen“.

Jedenfalls in diesen Beiträgen stand der Begriff nicht einmal in Anführungszeichen, und er war auch nicht mit dem Wort „Geiseln“ übersetzt.

Zum Wort von der „ethnischen Säuberung“ brauche ich wohl nichts zu sagen – er spricht ja gegen sich selbst. Aber obwohl die Manipulation dieses Begriffes derart offenkundig ist, wurde er von einigen Zeitungen lange Zeit gänzlich unbekümmert verwendet. Und der Deutsche Presserat hat die Verwendung des Wortes „säubern“ im Zusammenhang mit „Deporta-

tionen“ ja auch gerügt, da auf diese Weise „Verbrechen verharmlost und die Opfer herabgewürdigt würden“.

Beispiel: Ausländer. „Medien tragen durch nachlässige Wortwahl zum Fremdenhaß bei“, lautete einmal eine Überschrift in der FR. Auf einer Podiumsdiskussion zum Europäischen Jahr gegen Rassismus waren Worte wie „Fluchtwelle“ oder „Ausländerschwemme“ gerügt worden, der Begriff „Das Boot ist voll“ hat ja seine eigene (Sprach-)Geschichte.

Mir ist auf einem Nebenschauplatz ein anderer Sprach-Dreh aufgefallen: Eine neue Visumsverordnung sah vor, daß alleinreisende ausländische Kinder ein eigenes Visum haben müssen: Damit sollte die Zahl der Einreisenden gesenkt werden.

Die FAZ hatte einigermaßen neutral getitelt: „Visumspflicht für alleinreisende Kinder“ und ähnlich auch DIE WELT: „Junge Ausländer brauchen Visa“ (Wobei das Wort „jung“ ja viel erwachsener klingt als das Wort „Kind“!).

Mit einer leichten Wertung hieß es in der FR: „Bonn erschwert Kindern Einreise.“

In der SZ lautete die Überschrift: „Kanthers ‘Handstreich’ gegen Kinder.“ (Anführungszeichen!), und die taz titelte knüppeldick: „Manfred Kanthers Überfall auf Kinder“. („Überfall“ ohne Anführungszeichen!)

„Mogeleien“ in der Wirtschaft

Besonders ergiebig ist für alle möglichen Wortmogeleien der Bereich der Wirtschaft, wobei ich selbstkritisch sogleich anmerken möchte, daß das Wort „Bereich“ wohl überflüssig ist und es durchaus reicht, von „der Wirtschaft“ und den Wirtschaftsteilen der Zeitungen zu sprechen.

Erstes Beispiel „Euro“: Bekanntlich gibt es, was die Europäische Währungsunion angeht, in der Politik längst eine große Koalition. Mit Ausnahme der PDS und der Neugründung „Bund freier Bürger“ um Herrn (Manfred) Brunner: Alle begrüßen den Euro mit mehr oder weniger offenen Armen. Auch bei den Medien gibt es so etwas wie eine große Koalition: Geradezu enthusiastisch war von Anfang an DIE ZEIT („Der Gute Tausch“), nur leicht zurückhaltend die FAZ und einigermaßen skeptisch die SZ, die aber, wie mir scheint, inzwischen auch einen Schwenk gemacht hat.

Bekanntlich haben wohl auch fast alle Teilnehmerländer alle möglichen Verrenkungen gemacht, um sich Gewehr bei Fuß für den Euro zu präsentieren. Manche sprachen, was die Erfüllung der Kriterien betrifft, recht milde von „Mogeleien“. Härter sind da schon Worte wie „Taschenspielertricks“ oder „Gaukeleien“ oder das Wort vom „Zurechtlügen“ der Staatsfinanzen.

Sie stammen natürlich nicht von den Politikern, sondern von Kritikern des Euro, teils aus der Wissenschaft, teils von Journalisten. Gelegentlich

stellte sich das anmutige Wort von der „kreativen Buchführung“ ein – ein Begriff, der meiner Meinung nach einen PR-Preis verdient hätte. Und nicht nur zu meiner Beruhigung konnte man feststellen, daß dieses Wort von den Medien enttarnt wurde und, wenn überhaupt, mit spöttischer Distanz weitgereicht wurde.

Einige Unsinnsworte wurden enttarnt oder sollten enttarnt werden: Das berühmte „Nullwachstum“ oder sogar das „Minuswachstum“, Begriffe, die dennoch oft genug durch die Medien geistern. Mathematiker und Statistiker werden hier vielleicht einwenden, daß auch etwas Negatives zunehmen, also wachsen kann. In der Alltagssprache, also auch in der Sprache der Medien, wird mit „Wachstum“ aber ein positiver Zuwachs verstanden – und nicht eine Fahrt bergab. Journalisten, die unkritisch dieses Mogelwort übernehmen, schnüren also mit an dieser Mogelpackung.

Die Zeitungüberschrift „Zuwachsraten der Arbeitslosigkeit“ mag arglos entstanden sein. Aber auch sie verharmlost das wohl größte sozialpolitische Problem der Gegenwart durch die Zuckerhülle des Wörtchens „Zuwachs“. (Korrekt: „Zahl der Arbeitslosen weiter angestiegen“).

Eigentümlich mutet auch das Wort „Rekord“ an, wenn es eine negative Feststellung einleitet. Ein „Minus-Rekord“ in einer Unternehmensbilanz macht betroffen, weit mehr aber noch die Überschrift: „Arbeitslosenzahl auf November-Rekordhöhe“. Rekord, das sagt uns jedes Lexikon, ist eine Höchstleistung, vor allem im Sport. Eine *Leistung* also auf jeden Fall, und nicht eine deprimierende Erkenntnis.

Positive Erwartungen – Hoffnungen auf irgendeinen Zuwachs – verbinden sich auch mit dem Begriff „erwirtschaften“. Wenn Herr Waigel sagt, es müsse eine „globale Minderausgabe von 5 Milliarden Mark erwirtschaftet“ werden, stellt sich vielleicht erst nach der zweiten Tasse Frühstückskaffee die Erkenntnis ein, daß es da um (globale) Kürzungen geht, nicht um irgendeinen Zuwachs oder Zuschlag.

Geradezu amüsant war für mich eine ähnliche Begriffs-Verzuckerung, die ich in einer Landtagsdebatte miterlebt habe. Ein Kultusminister mußte dort den Universitäten die unangenehme Nachricht überbringen, daß es demnächst weniger Geld geben werde. Er hütete sich aber, von „Kürzungen“ oder „Einsparungen“ zu reden. Stattdessen sprach er von der „Verteilung der globalen Minderausgabe“, für mich ein Musterbeispiel der „kreativen Sprachführung“. Zu verteilen gab es immerhin etwas: Aber den *Mangel*, und das ist ja eine Verteilung, bei der die wenigsten „hier“ rufen dürften.

Der Ausgewogenheit wegen möchte ich die Politik und die Politiker jetzt einmal in Schutz nehmen: Haben sie es eigentlich verdient, daß in den Medien oft noch von der „Inflation“ die Rede ist? „Inflation“, das bedeutet „Geldentwertung“, bedeutet wesentliche Erhöhung des Preisniveaus (Fremdwörter-Duden). Auch eine Entwertung der DM erheblich unter 2 Prozent ist natürlich eine „Entwertung“, aber das Wort „Inflation“

verdient sie dann doch nicht, sondern eher das Wort vom „Anstieg der Lebenshaltungskosten“ oder der „Teuerungsrate“.

Die FAZ zitierte unlängst einmal eine Meldung, in der es hieß: „Mit einer Verteuerung der Lebenshaltung um 1,3 Prozent ist in Deutschland die niedrigste Inflationsrate der neunziger Jahre zu verzeichnen.“

Und in dem Kommentar hieß es dann völlig einleuchtend: „Im Umfeld eines Meßergebnisses von 1 Prozent ist der Gebrauch des Begriffes ‘Inflation’ eigentlich nicht mehr angemessen, die 1,3 Prozent hätten wohl für ‘Stabilität’ zu stehen.“ „Inflationsrate sinkt auf nur noch 1,0 Prozent“ – auch in dieser Meldung aus jüngster Zeit („Acher-und-Bühler Bote“) also eine ziemlich Übertreibung. Vielleicht müssen wir uns ja wieder an das Wort von der „Inflation“ gewöhnen, wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird und die bösen Befürchtungen wahr werden, die sich bei den Kritikern mit der Einführung des Euro verbinden.

Um bei der Wirtschaft zu bleiben: Da werden bisweilen Ergebnisse „erwirtschaftet“, die eigentlich so niemandem sehr gelegen sein dürften. So hat etwa, wenn man der ZEIT glaubt, der Euro-Tunnel zwischen Frankreich und England im Jahr 1995 einen Verlust von mehr als zwei Milliarden Mark „erwirtschaftet.“

Nach einem Bericht der WELT war einmal zu erwarten, daß rund die Hälfte der deutschen Krankenhäuser im Jahr 1993 ein Defizit „erwirtschaften“ würden.

Und wie ist das mit der WELT selbst: Glaubte man dem SPIEGEL „erwirtschaftete“ das Verlustobjekt ebenfalls im Jahr 1993 „schätzungsweise 70 Millionen Mark miese.“

Der Laie würde sich wundern und sagen: Das muß mir ja eine schöne Wirtschaft sein! Dabei ist es aber nur eine schiefe Sprache.

Keiner schiefen Sprache, sondern einer sprachlichen Mogelei scheint mir hingegen der Wald zum Opfer gefallen zu sein, der früher einmal so harmlos und schön „dort droben“ aufgebaut stand. Ihm geht es ja längst nicht mehr so gut, das große Rätsel lautet nur, wer oder was letztlich Schuld daran ist und wie man dem Wald – pardon – wieder auf die Beine helfen kann.

Einstweilen hat man das einmal sprachlich getan: Der „Waldschadensbericht“ wurde inzwischen umgetauft in „Waldzustandbericht“, und man darf gespannt darauf sein, was aus dem Wald zurückschallt, nachdem es so hineingeschallt hat.

Noch witziger hat solch einen semantischen Trick einmal eine Karikatur in der SZ eingefangen. Darin spricht ein rundlicher Mann die beruhigenden Worte in ein Mikrofon: „Also statistisch gesehen ist das Waldsterben doch nichts anderes als eine einfache Herabsetzung der Baumgrenze von 2000 Metern auf Meereshöhe.“

Auf eine interessante semantische Verschiebung hat die taz einmal aufmerksam gemacht. Unter der Überschrift „Heroin vom Staat“ wurde dort

in einem Kommentar vor dem Wort „Freigabe“ gewarnt und den Politikern der gute Rat mit auf den Weg gegeben, fortan nicht mehr von „Drogen-Freigabe“, sondern von „kontrollierter Abgabe“ zu sprechen.

Recht haben sie, die Kollegen: Eine Freigabe von harten Drogen würde in der Öffentlichkeit völlig zu Recht auf heftigste Ablehnung stoßen – und steht auch bei niemandem auf dem Programm. Eine „kontrollierte Abgabe“ dieses Teufelszeugs würde zwar auch Mißtrauen auslösen, aber vielleicht doch auch mehr Verständnis, obwohl unter beidem – hoffentlich! – das gleiche zu verstehen ist – nämlich Abgabe unter strenger ärztlicher Kontrolle.

„UNO warnt vor Drogenfreigabe“ – diese Überschrift nennt das Problem deshalb wohl zu undifferenziert beim Namen.

„Rote Junker“, „alte Junker“

Einerlei, wie man zu der Frage steht, ob die Enteignungen der Jahre 1946 bis 49 in der ehemaligen DDR verfassungsrechtlich in Ordnung gehen oder nicht: Für die Grundstimmung in der öffentlichen Diskussion ist es nicht ganz einerlei, ob es „Junker“ waren oder „Bürger“, denen da Eigentum entzogen wurde. Ich selbst habe in der ZEIT darüber geschrieben und mich nach Kräften bemüht, das Reizwort vom „preußischen Junker“ zu umschiffen.

Die Überschrift „Rote Junker gegen alte Junker“ (Süddeutsche Zeitung) ist deshalb eine polemische Kombination, die ihren Reiz aus dieser ungewöhnlichen Gegenüberstellung zieht – und aus der Aufgabe einer Überschrift als Blickfang.

Ein Schritt vom „Junker“ hin zu einem Mann, der in den Medien eine Zeitlang auch recht „junkerlich“ einherkam: Ich meine jenen Herrn Dr. Jürgen Schneider, der erst schnell aufgebaut hatte und dann – schnell – wieder ab.

Erst war allgemein vom Bauunternehmer die Rede, dann vom „Baulöwen“, dann vom Betrüger, Bankrotteur und Pleitier, dann – etwas höflicher – vom gescheiterten Bauunternehmer, und ganz zuletzt schlich sich verschiedentlich doch wieder das respektvolle Wort vom Baulöwen ein. Das sind nun keine ernsthaften Wortmogeleyen. Der Fall Schneider macht eher eindrucksvoll zweierlei deutlich: Die Einfalt der deutschen Banken und die Vielfalt der deutschen Sprache.

Wieder erster, sehr ernst sogar: Das derzeitige Geschehen in Algerien. In den Radio-Nachrichten hörte ich vor kurzem den Satz: „Bei Übergriffen (in einem bestimmten Dorf oder einer Kleinstadt) wurden mehr als vierzig Menschen getötet.“

Übergriff ist, wie mir scheint, ein sehr verharmlosender Begriff für die Greuelthaten, die – wer auch immer – da in Algerien begeht. Da gehören Wörter hin, wie sie meist auch in den Medien gebraucht werden: Mordüberfall, Massaker, grausame Tötungen, oder wenigstens – am schwäch-

sten – nächtlicher Überfall. Über-Griffe mag es sonst genügend geben, hier ist das Wort viel zu leise.

Nicht zu leise, eher ein bißchen zu lutherisch, scheint mir das Wort vom „Bekennerbrief“ zu sein, von dem immer wieder zu lesen ist, wenn irgendwelche Fanatiker oder Dogmatiker eine Untat verübt haben. Wer mit Bomben wahllos Menschen tötet oder auf andere Weise aus Überzeugung zum „Killer“ wird, sollte seine Tat gestehen oder – noch besser – sich selbst bezichtigen, wie die FAZ bisweilen schreibt. Das Wort vom Bekenntnis sollte für eine würdevollere Handlung reserviert sein.

In der Zeit der Baader-Meinhof-Kriminalität gab es einen heftigen Sprach-Streit darüber, ob man von der „Baader-Meinhof“-Gruppe oder „Bande“ sprechen sollte. In manchen Medien wurden Sprachregelungen ausgegeben, und bisweilen wurde versucht, aus dem gewählten Ausdruck Rückschlüsse auf die innere Haltung der Journalisten oder des Mediums zu ziehen. Dabei waren es bisweilen auch juristische Puristen, die mit dem Wort „Bande“ bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung warten wollten.

Zum Schluß noch ein ganz modernes Wörtchen, das auch einen semantischen Trick enthält: Der „Zahntourismus“. Der Sachverhalt ist bekannt: Deutsche Zahnärzte sind teuer und werden wohl noch teurer werden, in europäischen Nachbarländern sind diese Leistungen erheblich preiswerter. Der Streit geht darum, ob die Krankenkassen auch solche „fremdländischen Rechnungen“ bezahlen.

Darüber mag man streiten, obwohl ich das eigentlich nicht verstehe, europäisch wie wir uns doch längst fühlen (sollen).

Warum aber spricht ein Vertreter einer der großen Ersatzkassen vom „Zahntourismus“ oder – noch seltsamer – vom „Zahnersatztourismus“? Warum heißt es nicht wertfrei: „Zahnbehandlungen im Ausland“ und weshalb nehmen Journalisten den eingefärbten Begriff „Zahntourismus“ in die Überschrift der Meldung, und das noch dazu ohne Anführungszeichen?

Man weiß inzwischen, daß bestimmte Autos in europäischen Nachbarländern erheblich billiger zu haben sind als bei uns. VW mußte soeben runde 200 Millionen Mark Buße nach Brüssel zahlen. Warum? Vielleicht doch nur, weil es das Unternehmen „Autotourismus“ innerhalb von Europa unterbinden wollte.

Ich bin am Ende meiner Reise durch die „kreative Sprachführung“ und ich lande unvermeidlich wieder bei Goethe: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten“, und *über* Worte halt auch. Anders als die Juristen haben Journalisten kein Definitionsmonopol, das wäre ja auch noch schöner! Wenn ein Gericht in letzter Instanz einen Begriff auslegt oder findet oder erfindet, ist dies fortan geltendes Recht.

Journalisten, oder besser gesagt: die Medien fällen – gottlob – keine rechtskräftigen Urteile, auch mit der Sprache nicht und auch nicht über die Sprache. Aber es gibt Meinungs-Oligopole, Medien, die in ihrer Welt-

sicht mehr oder weniger übereinstimmen und ihre Leser, Hörer, Zuschauer, also ihre Rezipienten dies auch wissen lassen.

Das ist durchaus legitim, denn Zeitungen sind Tendenzbetriebe, und auch in den elektronischen Medien ist das mit dem Begriff von der „Ausgewogenheit“ ja bekanntlich so eine Sache.

Wir Journalisten müssen nur wissen, was wir mit den Worten anrichten, wir müssen die Dinge hinter der Sprache erkennen und den Schleier durchschauen, in den heikle Begriffe gehüllt sind. Ob wir den Worten ihren Schleier lassen, ob wir Begriffe selbst verschleiern, das ist dann unsere Sache – und bisweilen auch die unseres „vorausgehenden Gehorsams“. Aber wir sollten wissen, wann wir Sprach-Täter sind und wann Sprach-Opfer und wer die Macht hat, die Begriffe zu besetzen.

Darin können uns die Linguisten ganz sicher unterstützen. Denn wir sitzen ja gemeinsam in dem Sprach-Boot, das alles mögliche darf – nur nicht den Bach hinuntergehen. Alfred Polgar hat einmal gesagt: „Ich beherrsche die Sprache – aber sie folgt mir nicht immer“ (Handbuch des Kritikers).

Journalisten und Linguisten sollten wenigstens versuchen, die Sprache zu beherrschen – auch wenn sie ihnen nicht immer folgt. Wir sollten sie so beherrschen, daß wir fremde Sprachmanipulationen durchschauen – und anderen keine ungerügt durchgehen lassen.

Und ganz zum Schluß: Unlängst las ich in der Welt die schöne Überschrift: „Wir brauchen die Errorlogie“. Gemeint war, höchst amüsant, eine Wissenschaft vom Irrtum.

Falls es dieses Fach einmal geben sollte, möchte ich mich schon heute für eine Altersprofessur bewerben. Ich versichere, daß ich dafür die besten Voraussetzungen mitbringe: Ich irre mich oft! Bestimmt auch wieder, hie und da, in diesem Vortrag.